

land aus Taiwan und Hong Kong immer wieder übereinstimmend berichten, gilt diese Ablehnung und Verurteilung pauschal und ohne Nuancen. Auch wenn schriftliche oder mündliche Versicherungen abgegeben werden, daß einzelne Bischöfe der offiziellen Kirche vom Papst legitimiert worden sind, verweigern die Untergrundkatholiken ihnen die Anerkennung. Nach ihrer Meinung könne es sich nur um Lügen handeln, bzw. der Papst müsse falsch unterrichtet worden sein, sollten diese Legitimierungen tatsächlich erfolgt sein. Im übrigen habe der Papst Bischof *Fan Xueyan* von Baoding zum Kardinal und besonderen Bevollmächtigten ernannt, der damit als einziger für ihn sprechen könne. Ausdrückliche Schreiben etwa des vatikanischen Vertreters in Hong Kong, Monsignore *Jean Gobel*, es gebe diese Sondervollmachten nicht und habe sie nie gegeben, fruchten nichts.

Es rächt sich jetzt, daß der Vatikan anfangs der 80er Jahre Sondervollmachten für die Bischofsweihen von Untergrundbischöfen gegeben hat. Ihre Zahl ist jetzt so gewachsen, daß es zu verwickelten Verhältnissen in mehreren Diözesen gekommen ist, wo mehrere Untergrundbischöfe einem „offiziellen Bischof“ gegenüberstehen. Neue vatikanische Richtlinien fordern jetzt, daß im Falle einer Verhaftung eines Untergrundbischofs von der Weihe eines neuen Bischofs abzusehen sei und daß überall dort, wo ein

„offizieller Bischof“ tätig ist, vor der Weihe eines Untergrundbischofs erst erkundet werden müsse, ob dieser Bischof in Gemeinschaft mit dem Papst stehe. Wo dies der Fall sei, dürfe kein Untergrundbischof geweiht werden. Diese römischen Weisungen machen jedenfalls deutlich, daß seitens Roms nicht eine einseitige Option für die Position der Untergrundkirche erfolgt ist, die sich gerne als die einzige wahrhaft katholische Kirche in China sehen möchte. Nach anfänglichem Zögern hat Rom die Gültigkeit der unerlaubt erfolgten Bischofsweihen in der VR China ausdrücklich anerkannt.

Die Lösung der Konflikte wird noch dauern

Ausländische Bischöfe und Priester, die sich als Vermittler für die Versöhnung zwischen den beiden katholischen Gruppen einsetzen, berichten von teilweise schlimmen Beispielen von Unversöhnlichkeit und Haß auf Seiten der Untergrundkirche. Manche dieser sog. „kleinen schwarzen Priester“, d. h. ohne ausreichende theologische Studien geweihte Untergrundpriester, zeichneten sich durch Fanatismus und Unkenntnis kanonischer Bestimmungen aus, die sie dazu brächten, jede Sakramentspendung in der offiziellen Kirche als nichtig zu bezeichnen und Katholiken, die daran teilnehmen, mit der Exkommunikation zu bedrohen.

Das Bild, das die katholische Kirche in China gegenwärtig bietet, ist wenig erfreulich. Es mehren sich eben die Stimmen, die sich für Aussöhnung und Verständigung unter den Katholiken einsetzen. Erschwert wird das Vorgehen von außen dadurch, daß die Anfang des Jahres 1989 offensichtlich relativ weit gediehenen *Gespräche zwischen dem Vatikan und der VR China* durch die nachfolgenden politischen Ereignisse wieder zunichte gemacht wurden.

Bischof *Aloysius Jin Luxian* von Shanghai, der im September 1990 in Löwen an einer Konferenz zur chinesischen Kirchengeschichte teilnahm, wandte sich gegen Gerüchte über eine unmittelbar anstehende Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und stellte fest, daß es wohl noch einige Zeit dauern werde, bis dieser Schritt zwischen dem Vatikan und der VR China erfolgen könne. Kurz darauf wiederholte der chinesische Außenminister *Qian Quichen* in New York die alten Bedingungen Chinas für diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl: 1. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Vatikans mit Taiwan und 2. die Absage an jegliche „Einmischung in die religiösen Angelegenheiten fremder Länder seitens des Papstes oder vatikanischer Stellen“. Ohne eine Verständigung auf der diplomatischen Ebene wird aber eine Regelung der schwierigen innerkirchlichen Probleme nicht gut möglich sein. G. E.

Politisches Erdbeben in Österreich

Rätselraten über die Ursachen des Wahlergebnisses vom 7. Oktober

Was waren die Gründe für die unerwartete Selbstbehauptung der österreichischen Sozialisten bei den letzten Nationalratswahlen? Und warum erlitt die (christlich-demokratische) ÖVP das größte Wahldebakel seit ihrem Bestehen? Unser Österreich-Mitarbeiter Fritz Csoklich, Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ in Graz, sieht im amtierenden Bundeskanzler den großen Gewinner der Wahl, weil er durch sein persönliches Prestige und seinen bürgerlichen Habitus Skandale und Gebrechen seiner Partei zuzudecken vermochte. Der

Volkspartei habe indessen ihre eigene Widersprüchlichkeit in wichtigen innenpolitischen Fragen (Lebensschutz, Ausländer- und Asylantenfrage) geschadet. Csoklich fragt aber auch nach dem spezifischen Anteil der katholischen Kirche am Ausgang der Wahl. Unmittelbar nach dem Konzil, als Katholiken weit über die Kirche hinaus attraktiv waren, habe die ÖVP ihre absolute Mehrheit gewonnen. 24 Jahre später indessen würden katholische Politiker mit einer Kirche identifiziert, die durch ihr doktrinäres Gebilde unsympathisch wirke.

Das politische Erdbeben, das von den Ergebnissen der österreichischen Parlamentswahl am 7. Oktober ausgelöst wurde, wirkt noch immer weiter. Besonders betroffen davon ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die bei dieser Wahl mit dem Verlust von 543 000 Stimmen oder 9,2 Prozent 17 Mandate eingebüßt hat und die damit auf den Stand einer Mittelpartei zurückgefallen ist. Erstmals in der 45jährigen Geschichte dieser christdemokratischen Partei verfügt die ÖVP nicht mehr über die Sperrminorität in der Volksvertretung. Das bedeutet, daß die Volkspartei mit ihren 60 von insgesamt 183 Nationalratssitzen nicht mehr verhindern kann, wenn von den anderen drei Parteien Verfassungsgesetze beschlossen werden sollten, für die die Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Es könnte somit ein neues Wahlrecht gegen den Willen der ÖVP ebenso zustande kommen wie eine Änderung der Schulgesetze.

Der eigentliche Sieger heißt Jörg Haider

Dieser Wahlausgang hat die seit 1945 festgefügte österreichische Parteienlandschaft völlig durcheinander gebracht. Die Sozialistische Partei (SPÖ), die in den vergangenen Monaten von Skandalen aller Art heimgesucht wurde, behauptete sich entgegen allen Prognosen der Meinungsforschung überraschend gut und konnte sogar zu ihren 80 Mandaten eines dazugewinnen. Ebenfalls ein Mandat gewannen die Grün-Alternativen hinzu, die allerdings mit neun Mandaten weit unter den Erwartungen der eigenen Anhänger blieben.

Der eigentliche Sieger der Wahl heißt *Jörg Haider*, der Bundesparteiohmann der Freiheitlichen Partei (FPÖ), der dank seiner gewaltigen Stimmengewinne bei den jüngsten Landtagswahlen im südlichsten Bundesland Österreichs mittlerweile zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt worden ist. Der FPÖ, die – ideologisch gesehen – mit der FDP in Deutschland wenig zu tun hat, gelang es dank der angriffslustigen Wahlkampfleitung durch Jörg Haider, zu einem breiten Sammelbecken von Protestwählern verschiedenster Herkunft zu werden. Diese Protestwähler gesellten sich in ihrem Unmut gegen die Parteibuchherrschaft und den Funktionärsfilz in Österreich zu der eher schmalen, überwiegend deutschnational orientierten Stammwählerschicht der FPÖ. Mit einem Gewinn von 282 000 Stimmen, das sind 6,9 Prozent mehr als bei den letzten Wahlen 1986, gewannen die Freiheitlichen nicht weniger als 15 Mandate hinzu. Sie sind jetzt mit 33 Sitzen im österreichischen Nationalrat vertreten.

Schon diese Zahlen allein lassen den Umfang der beispiellosen Wählerverschiebungen in der Alpenrepublik erkennen. Rechnet man auch noch die Nichtwähler hinzu, dann verschiebt sich das Bild noch stärker zuungunsten der beiden Großparteien. Eine Wählerstrom-Analyse des Österreichischen Rundfunks ergab, daß 160 000 Österreicher, die 1986 die SPÖ wählten, sich heuer der Stimme enthielten und daß auch etwa 140 000 ÖVP-Wähler, die noch

1986 für diese Partei votierten, diesmal Wahlenthaltung übten. Diese Zahlen sind ein Ausdruck der verbreiteten Politikverdrossenheit, die sich vor allem gegen beide Großparteien wendet, im Mandatsergebnis aber einseitig nur gegen die ÖVP zu Buche schlägt.

Über die Ursachen dieses Wahlausganges wurde und wird in Österreich viel gerätselt. Vordergründig scheint alles klar zu sein: Der telegene Bundeskanzler *Franz Vranitzky* deckte eben mit seinem Namen vieles von der Kritik an seiner Partei zu, und zahlreiche Wähler kreuzten auf dem Stimmzettel nicht die SPÖ an, sondern schrieben einfach „Vranitzky“ hin. Diese vom Wahlgesetz gegebene Möglichkeit nützte die SPÖ in der letzten Runde des Wahlkampfes zu einer sehr geschickten Kampagne für diese Art der „Vorzugsstimmen“, die ein voller Erfolg wurde. Allein in Wien entfielen 43 Prozent der sozialistischen Stimmen auf Vorzugsstimmen mit dem Namen des Bundeskanzlers.

Auch der Erfolg der FPÖ wird durch die persönliche Attraktivität ihres Spitzenkandidaten Jörg Haider erklärlich, der in jugendlicher Unbekümmertheit die Schwächen der österreichischen Parteienherrschaft nun schon seit Jahr und Tag aufzeigt und attackiert. Gegen diese beiden Kandidaten hatte ÖVP-Spitzenkandidat *Josef Riegler*, der erst durch einen innerparteilichen Putsch Parteiohmann geworden ist, wenige Chancen. Josef Riegler ist ein ernster, gewissenhafter Politiker, ein praktizierender Katholik, der aus kleinsten Verhältnissen eines steirischen Bauerndorfes stammt. Mit den Finessen und mit der Schlagfertigkeit seiner Gegenkandidaten Vranitzky und Haider konnte er sich nicht messen.

Sozialistische Selbstbehauptung auf düsterem Hintergrund

Trotzdem bleibt die Frage offen, warum die ÖVP bei diesen Wahlen eine Niederlage erlitten hat, deren Ausmaß ohne jedes Beispiel ist. Das schwer Begreifliche dieses Wahlergebnisses liegt in der Tatsache, daß die ÖVP in letzter Zeit von *Skandalen* größeren Ausmaßes verschont blieb, während die SPÖ von skandalösen Vorkommnissen ohnegleichen geschüttelt wurde. Erst wenige Wochen vor dem Wahltag ist der seinerzeitige sozialistische Bundeskanzler *Fred Sinowatz* wegen falscher Zeugenaussage zu einer Geldstrafe von 360 000 S verurteilt worden. Der gleiche Politiker hat wegen des Exports österreichischer Kanonen in den Iran und in den Irak während des Golfkrieges in Kürze die Anklage wegen der Verletzung des österreichischen Neutralitätsgesetzes zu gewärtigen. Mit ihm auf der Anklagebank werden aller Voraussicht nach zwei andere prominente sozialistische Politiker sitzen, der frühere Außenminister *Leopold Gratz* und der frühere Innenminister *Karl Blecha*. Ein weiterer aufsehenerregender Skandal betraf den steirischen Arbeiterkammerpräsidenten *Alois Rechberger*, der sich Monatsbezüge im Ausmaß von mehr als 240 000 S und ein faktisch unkontrollierbares Spesenkonto verschaffte. Gleichsam ein

„Dauerbrenner“ ist schließlich zu allem Überfluß der nun schon seit Monaten laufende Sensationsprozeß gegen *Udo Proksch*, den Initiator und Financier des Club 45 in Wien, in dem während der Kreisky-Ära viele prominente sozialistische Politiker ihre Fäden gesponnen hatten. Jetzt ist Udo Proksch wegen sechsfachen Mordes und Versicherungsbetrugs angeklagt.

Bundeskanzler Vranitzky gelang es, diesen düsteren Hintergrund abzudecken und die seiner Partei von der Meinungsforschung einhellig prophezeiten Stimmenverluste zu vermeiden. In Österreich ist Politik eine Art Liturgie. Bruno Kreisky beherrschte dieses liturgische Ritual meisterhaft, und nach ihm spielt jetzt Franz Vranitzky in ganz anderer Weise eine ähnliche Rolle. Sein persönliches Prestige ist auf diese Weise ins Ungemessene gestiegen. Da er jede Koalition mit der FPÖ unter Jörg Haider dezidiert ausgeschlossen hat, ist für die Zukunft nur mit der Erneuerung der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP oder mit einer sogenannten „kleinen“ Koalition zwischen ÖVP und FPÖ zu rechnen, die aber schon deswegen wenig Chancen hätte, weil sie im Nationalrat nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen verfügen würde. SPÖ und ÖVP haben somit kaum eine Wahl, sie werden sich wohl in den laufenden Koalitionsverhandlungen zusammenstreiten müssen, wenn es nicht zu einer fragilen Minderheitsregierung kommen soll.

Die ÖVP fand keine klare Linie

Innerhalb der Volkspartei wird freilich darüber gegrübelt, was denn das katastrophale Ausmaß dieser Wahlniederlage herbeigeführt haben könnte, die die Volkspartei in Wien auf 20 Prozent und in Kärnten sogar auf 18 Prozent, d. h. auf eine Kleingruppe reduziert hat. Die Verluste der ÖVP waren aber auch in Westösterreich, vor allem in Tirol und Vorarlberg, mit einem Minus von mehr als 12 Prozent niederschmetternd.

Übereinstimmend ist man jetzt der Ansicht, daß *eine ganze Reihe sehr verschiedener Ursachen* diese Niederlage herbeigeführt hat. In erster Linie wird von kritischen Geistern innerhalb der Partei gemeint, daß die noch immer stark katholisch-konservativ geprägte Politik weiter Teile der ÖVP hinter der gesellschaftlichen Säkularisierung des Landes her hinkt. Die *Struktur der Partei*, die seit 1945 aus drei weitgehend autonomen Bündnen – dem Bauernbund, dem Arbeiter- und Angestelltenbund sowie dem Wirtschaftsbund – besteht, wird immer vehementer als überholt und antiquiert bezeichnet. Besonders kritisch wird dabei die Rolle des Arbeiter- und Angestelltenbundes betrachtet, der in erster Linie aus Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes besteht.

Eine wichtige Rolle für dieses Wahldebakel spielte zweifellos auch die Frage der Fristenregelung beim Abtreibungsstrafrecht, gegen die die katholische Kirche in Österreich nun schon seit 15 Jahren Sturm läuft. Eine Bemerkung des Gesundheitsprechers der ÖVP knapp vor

der Wahl, daß die Abtreibungspille RU 486 auch in Österreich zugelassen werden sollte, führte zu heftigen Protesten katholischer Seite, wobei die Wiedereinführung der Strafbarkeit von Abtreibungen auch während der ersten drei Monate gefordert wurde. Vor allem traditionalistische Kreise in der Kirche stürzten sich wenige Tage vor der Wahl mit Vehemenz auf dieses Thema und forderten ein „klares Bekenntnis“ der ÖVP, was führende Funktionäre der Partei in eine schwierige Zwangslage brachte. Die Folge: Nicht wenige Katholiken, die in der Abtreibungsfrage einen rigorosen Standpunkt verfechten, wählten die ÖVP wegen ihrer „Lauheit“ nicht, in Oberösterreich und Vorarlberg wichen immerhin mehr als 15 000 ÖVP-Wähler auf neugegründete christdemokratische Splitterparteien aus, die einen betont fundamentalistischen Kurs einschlugen und die von traditionalistischen kirchlichen Kreisen kräftige Unterstützung erhielten. Auf der anderen Seite führte die Debatte über die Wiedereinführung der Strafbarkeit der Abtreibung so knapp vor der Wahl offenbar zu einem massiven Votum gegen die ÖVP unter der jüngeren Generation und bei vielen Frauen.

Wahlausgang durch Abtreibungs- und Ausländerfrage mitentschieden

Erst Mitte September erhob das seriöse Wiener Meinungsforschungsinstitut Fessel, das der ÖVP nahesteht, daß die Akzeptanz der Fristenregelung seit ihrer Einführung Mitte der siebziger Jahre deutlich zugenommen hat. 1976 waren 53 Prozent der Bevölkerung mit der Fristenlösung einverstanden, 1983 waren es bereits 56 Prozent und 1990 63 Prozent. Die Zahl der Gegner hat sich ebenso deutlich und kontinuierlich reduziert. 1976 waren noch 40 Prozent der Bevölkerung mit der Fristenregelung nicht einverstanden, 1983 waren es nur noch 35 Prozent und 1990 nur noch 27 Prozent, die sie ablehnten. Das ist ein besorgniserregendes Debakel, nicht zuletzt auch für die katholische Kirche, die seit Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Fristenlösung aufgetreten ist, die aber offensichtlich die öffentliche Debatte über dieses strittige Thema nicht überzeugend beeinflussen konnte. Angesichts dieses Meinungsspektrums muß das Lostreten dieses Themas knapp vor dem Wahltermin im Zusammenhang mit der Forderung nach Wiedereinführung von Strafen bei Abtreibungen von geradezu verheerenden Folgen gewesen sein.

Auch in einer anderen prinzipiellen Frage, die im Wahlkampf eine bedeutsame Rolle spielte, zeigt der Wahlausgang, daß sich die kirchlichen Grundüberzeugungen nicht durchsetzen konnten. Es geht dabei um das Problem der *Flüchtlinge* und der *Ausländer*, die nach dem Umbruch im Osten zu Zehntausenden aus den vom Kommunismus befreiten Ländern über die Grenze nach Österreich kamen, um hier Arbeit zu finden. Von katholischer Seite wurde nachdrücklich um Verständnis für diese Menschen geworben, und die ÖVP schloß sich diesem Standpunkt – wenn auch zwiespältig oder halbherzig – an. Die FPÖ

hingegen nützte dieses Ausländerproblem zu einer handfesten, demagogischen Kampagne, vor der zuerst die SPÖ und dann auch die ÖVP kapitulierte. Das Ergebnis war die Wiedereinführung der Visumpflicht in Österreich für rumänische Staatsbürger, die Anfang September durch die Wiedereinführung der Visumpflicht für Polen ergänzt wurde. Nicht genug damit: Das österreichische Bundesheer wurde eingesetzt, um die österreichisch-ungarische Grenze, die erst kürzlich vom Eisernen Vorhang befreit werden konnte, gegen illegale Grenzgänger zu sperren. Von katholischer Seite wurde gegen diese restriktiven Maßnahmen heftig protestiert, doch die Regierung – SPÖ und ÖVP – blieb dabei, wenn auch einzelne VP-Minister öffentlich über diesen Rückschritt klagten.

Diese Zwiespältigkeit in wichtigen Fragen scheint der Volkspartei in besonderer Weise geschadet zu haben. In der „Furche“ schrieb der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl*, man sollte einer so geschlagenen Partei wie der ÖVP nicht noch Kummer machen. Das Verhalten der Volkspartei in der Diskussion um den Sozialhirtenbrief, die Haltung der Partei in Fragen der Entwicklungshilfe, die manchmal vorschnell „links“ etikettiert wurde, sowie der Zickzackkurs der ÖVP in der Abtreibungsdebatte habe aber gewiß Katholiken zur Meinung gebracht, daß sie mit ihren christlichen Anliegen in der Volkspartei nicht genug Beachtung fänden. Es müsse sich daher die tatsächliche Politik der ÖVP ändern.

Für die katholische Kirche eine Gelegenheit zur Gewissenserforschung

Eine Gewissenserforschung ist aber angesichts dieses Wahlausganges gewiß auch für die *katholische Kirche* in Österreich angebracht. Sie wird ihre politische Wirksamkeit überprüfen müssen, wenn sie langfristig gesehen ihre Standpunkte in so entscheidenden Problemen wie dem Schutz des Lebens oder in der Ausländerfrage nicht überzeugender artikulieren kann. Kritisch zu fragen ist weiters, ob dieses Wahlergebnis nicht auch durch eine schon

seit geraumer Zeit zunehmende politische Passivität und Naivität im katholischen Volk vorbereitet worden ist und ob nicht die Introvertiertheit der nachkonziliaren Kirche in Österreich derartige politische Prozesse gefördert hat. Die innerkirchlichen Ereignisse in Österreich, die in den letzten Jahren Resignation und Entmutigung verbreiteten, führten überdies dazu, daß sich die Aufmerksamkeit der Kirche immer stärker auf Vorgänge im innerkirchlichen Raum konzentrierte, während die Entwicklungen draußen weitgehend unreflektiert blieben.

Dazu kommt noch die prekäre Situation der österreichischen *Presse*, die mittlerweile in einen im übrigen Westeuropa unbekanntem Grad der Konzentration publizistischer Macht in den Händen einiger weniger Pressezaren hineingeraten ist und die mit auflagenstarken Blättern wie der „Kronzeitung“ in diesem Wahlkampf ganz offen Jörg Haider unterstützte. Daß dabei deutsches Kapital eine zunehmende Rolle spielt, ist eine Pikanterie am Rande, die aber doch vermerkt werden muß, weil bei der Kapitalbeteiligung der WAZ in Essen an der „Kronzeitung“ und am „Kurier“ sowie bei der Gründung des „Standard“ in Wien durch den Springer-Verlag immer wieder versichert wurde, es würden dadurch überhaupt keine redaktionellen oder politischen Fragen berührt.

Auf einen merkwürdigen Umstand muß schließlich noch hingewiesen werden: Die Volkspartei errang 1966, also im direkten Gefolge des Konzils, zum ersten und einzigen Mal die absolute Mehrheit in Österreich. 24 Jahre später wurde sie in einer beispiellosen Wahlniederlage zu einer Mittelpartei reduziert. Viele Ursachen wirken dabei mit. Ist es übertrieben, darüber hinaus auch die Folgerung zu ziehen, daß unmittelbar nach dem Konzil Katholiken in der Öffentlichkeit weit über den Kreis des Kirchenvolkes hinaus eine starke Attraktivität und viel Sympathie besaßen, während 24 Jahre später katholische Politiker offensichtlich mit einer Kirche identifiziert wurden, die durch ihren Kurswechsel gegenüber der Öffnung des Konzils, durch ihr tantenhaftes Auftreten, ihr reaktionäres Gehabe und ihre Zerstrittenheit eher unsympathisch wirkt?

Fritz Csoklich

„Die Zeit alleinstehender Nationen ist vorüber“

Fragen an Henri Ménudier über die Rolle Frankreichs nach der deutschen Einigung

Wie hat das deutsch-französische Verhältnis die stürmische Entwicklung der letzten Monate überstanden? Verliert Frankreich gegenüber einem politisch und wirtschaftlich erstarkenden Deutschland innerhalb der EG und darüber hinaus an politischem Gewicht? Wie wird Frankreich sich in einem Europa einrichten, dessen Schwerpunkt weiter nach Osten rückt? Mit diesen Fragen befaßt sich das Interview mit

dem französischen Deutschlandspezialisten und Politikwissenschaftler an der Sorbonne Henri Ménudier. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Ménudier, welche Bedeutung hatte der 3. Oktober als Tag der Vereinigung Deutschlands für Frankreich bzw. die Franzosen?